



Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

47. Sitzung (öffentlich)

18. November 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 18:15 Uhr

Vorsitz: Friedhelm Ortgies (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der CDU-Fraktion, **TOP 9** „Verabschiedung des 2. Bewirtschaftungsplan und Maßnahmenprogramms gem. Wasserrahmenrichtlinie sowie der Hochwasserrisikomanagementpläne, Vorlage 16/3380“ **zu schieben**, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **ab**.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
47. Sitzung (öffentlich)

18.11.2015
sd-beh

Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
Vorlage 16/3199
Vorlage 16/3217

Der **Ausschuss stimmt** den **Änderungsanträgen** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen – vgl. Vorlage 16/3477 – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **zu**.

Der **Ausschuss lehnt** die **Änderungsanträge der CDU-Fraktion** – vgl. Vorlage 16/3477 – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der FDP-Fraktion **ab**.

Der **Ausschuss stimmt** dem **Einzelplan 10** mit den zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **zu**.

2 Abfallwirtschaftsplan Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle 19

Vorlage 16/2860
Vorlage 16/2957

Die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wird verschoben.

3 Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen 20

Entwurf
der Landesregierung
Vorlage 16/3020

Die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wird verschoben.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
47. Sitzung (öffentlich)

18.11.2015
sd-beh

4 Nutzung eines Recyclingquoten-Benchmarkings zur Steigerung von Recyclingaktivitäten in den Kommunen Nordrhein-Westfalen 21

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4830

Der **Ausschuss lehnt** den Antrag der CDU-Fraktion **Drucksache 16/4830** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **ab**.

5 Verpflichtende Kennzeichnung bei der Verwendung von Bisphenol A 28

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8107

Die Beratung über diesen Antrag wird verschoben.

6 Sachstand zum aktuellen Umgang und der Gefährdung mit PFT belastetem Grundwasser in Düsseldorf 29

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3401

Der **Ausschuss** nimmt den **Bericht Vorlage 16/3401 zur Kenntnis**.

7 Aktualisierung der Liste über die PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden 30

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/726

Die Beratung dieses Punktes wird verschoben.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
47. Sitzung (öffentlich)

18.11.2015
sd-beh

8 Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft: aktueller Sachstand 31

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3408

In Verbindung mit:

Antibiotikadatenbank

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3239, Vorlage 16/3263, Vorlage 16/2932

– Kontroverse Diskussion.

**9 Verabschiedung des 2. Bewirtschaftungsplans und Maßnahmen-
programms gem. Wasserrahmenrichtlinie sowie der Hochwasser-
risikomanagementpläne 38**

Vorlage 16/3380

Der Ausschuss **stimmt** dem 2. Bewirtschaftungsplan und
Maßnahmenprogramm gemäß Wasserrahmenrichtlinie –
Vorlage 16/3380 – mit den Stimmen der Fraktionen von
SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die
Fraktionen von CDU und FDP **zu**. Das **Einvernehmen ist**
somit **hergestellt**.

**10 EU-Vertragsverletzungsverfahren zum Vogelschutzgebiet
Hellwegbörde 47**

– Bericht von Minister Johannes Remmel (MKULNV).

11 Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Fall Klausner 49

An den Bericht von Minister Johannes Remmel (MKULNV)
schließt sich eine kurze Aussprache an.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
47. Sitzung (öffentlich)

18.11.2015
sd-beh

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300

Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

Vorlage 16/3199
Vorlage 16/3217

Vorsitzender Friedhelm Ortgies teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Plenum in seiner Sitzung am 3. September 2015 an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen worden. Die Einführungsrede zum Einzelplan 10 sei dem Ausschuss mit Vorlage 16/3217 übersandt worden, ferner der Erläuterungsband als Vorlage 16/3199. Er beabsichtige, über den Haushalt heute abschließend zu beraten. Änderungsanträge lägen von den Koalitionsfraktionen sowie von der CDU-Fraktion als Tischvorlagen vor – vgl. Vorlage 16/3477.

Rainer Deppe (CDU) führt aus, wenn man einen Haushalt berate, wolle man normalerweise wissen, wofür das Geld ausgegeben werde. Er habe eine Kleine Anfrage mit konkreten Fragen zum Haushaltsvollzug gestellt – „Haushaltsabschluss: Wofür hat Minister Rimmel in 2014 Geld ausgegeben?“ – Drucksache 16/9983 vom 13.10.2015. Die Fragen seien alle nicht beantwortet worden. Das sei nicht das erste Mal. Im letzten Jahr habe man das ebenfalls gemacht und habe die gleiche nichtsagende Antwort bekommen: Man könne nicht sagen, wofür das Geld ausgegeben worden sei. Im Grundkurs Politik in der fünften Klasse lerne man: Das Haushaltsrecht sei das Königsrecht des Parlaments. Außer die Ministerpräsidentin zu wählen und den Haushalt zu verabschieden, habe das Parlament so viele Rechte nicht.

Zu fragen, was mit dem Geld passiert sei, sei offenbar nicht mehr vom Recht des Parlaments umfasst. Das lasse sich seine Fraktion nicht gefallen. Der Minister habe vor einem Jahr gesagt, das sei schwierig, man arbeite daran. Jetzt sei ein Jahr vergangen. Offenbar habe man nicht daran gearbeitet.

Die Fragen in der Kleinen Anfrage hätten durchaus ihre Berechtigung. So habe er in Frage 3 zu Kapitel 10 020 – Allgemeine Bewilligungen – Titel 537 60 (Titelgruppe 60) – Versuche und Untersuchungen – eine Frage gestellt. Im letzten dokumentierten Haushaltsjahr seien 4.000 € abgeflossen. Der Ansatz für 2015 und 2016 betrage 303.000 €. Das sei eine gewisse Differenz. Dass man dann frage, wofür das Geld gebraucht worden sei, sei nachvollziehbar. Es dränge sich der Verdacht auf, dass Haushaltsstellen bewusst überhöht angesetzt würden, damit man, weil die meisten Stellen untereinander deckungsfähig seien, an anderer Stelle das Geld ausgeben könne. Das habe mit Transparenz nun wirklich überhaupt nichts zu tun. Er habe das

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
47. Sitzung (öffentlich)

18.11.2015
sd-beh

insbesondere in Richtung der Grünen moniert, die das Wort Transparenz immer vor sich hertrügen. Wenn es darauf ankomme, wollten sie nichts mehr davon wissen.

Solange kein Versuch gemacht werde, Klarheit zu schaffen, könne man von der Opposition nicht erwarten, dass sie dem Haushalt zustimme. Dass die Regierungsfaktionen das mit sich machen ließen, habe wahrscheinlich mit dem grenzenlosen Vertrauen in die Verwaltung zu tun. Der Arbeit im Parlament sei das nicht angemessen.

Zu den von der CDU-Fraktion gestellten Anträgen – vgl. Vorlage 16/3477: Es gehe um das Thema Hochwasserschutz. Seine Fraktion halte den Hochwasserschutz für die zentrale Aufgabe im Umweltbereich in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung habe 5 Millionen € mehr eingestellt als in den letzten Jahren, was erfreut zur Kenntnis genommen werde. Wie es mit dem Vollzug aussehe, wisse man nicht. Das werde man noch einmal bei anderer Gelegenheit erörtern. Darüber hinaus würden von der CDU 15 Millionen € zusätzlich beantragt, damit man wieder auf den Zielbetrag komme. Dem Hochwasserschutz sollte der Stellenwert eingeräumt werden, den er verdiene.

Als sich die Hochwasserkatastrophe an der Elbe ereignet habe, habe sich der Ausschuss intensiv damit befasst und gemeinsam festgestellt, dass die zentrale Aufgabe, die das Land hier habe, im Haushalt nach wie vor drastisch unterfinanziert sei. Des Weiteren sei noch ein Antrag zum Kleingartenwesen eingebracht. Es sei zwingend erforderlich, dass man die Arbeit in den Kleingartenverbänden, die in den Städten oft die einzige grüne Lunge bedeuteten, unterstütze. Dort dürfe man nicht kürzen.

Der dritte Antrag betreffe die Landesgartenschauen. Die nächste Landesgartenschau stehe an, und zwar im Jahre 2020. In Zukunft sollten die Landesgartenschauen nicht mit 5 Millionen € gefördert werden, sondern mit 6 Millionen €. Es sollte 1 Millionen € draufgelegt werden und das über die Jahre verteilt. Die Gegenfinanzierung stamme aus dem Ansatz der Wasserrahmenrichtlinie. Das seien die Schwerpunkte für diesen Haushalt.

Norbert Meesters (SPD) führt aus, im Gegensatz zu Herrn Deppe sei seine Fraktion mit dem, was die Regierung und in dem Fall das Ministerium im Rahmen des Haushaltsplanes vorlegten und auch in der Vergangenheit vorgelegt hätten, durchaus zufrieden. Alles, was gut sei, könne man auch noch verbessern. Deshalb hätten die Koalitionsfraktionen auch einige Anträge gestellt – vgl. Vorlage 16/3477. Man sei zielgerichtet dabei, das umzusetzen, was in der Koalitionsvereinbarung im Bereich des Klimaschutzes, des Verbraucherschutzes, im Bereich des Hochwasserschutzes festgelegt worden sei. Es stimme, der Ansatz für Hochwasserschutz sei erhöht worden. Er werde deswegen den Bedürfnissen, die zurzeit feststellbar seien, gerecht.

Ihn verwundere die Chuzpe, die in dem Antrag der CDU durch die Formulierung deutlich werde. Offensichtlich habe die CDU stark in den Hintergrund gedrängt, mit welcher Nachlässigkeit sie den Hochwasserschutz während ihrer Regierungsverantwortung betrachtet habe. Ursprünglich hätte das Programm bis 2015 abgewickelt sein sollen. Nie seien genug Mittel bereitgestellt worden, um das umzusetzen. Diese

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
47. Sitzung (öffentlich)

18.11.2015
sd-beh

Landesregierung habe es nun geschafft – da sei er dem Minister sehr dankbar –, einen realistischen Plan bis 2025 vorzulegen, der genau darstelle, was im Bereich Hochwasserschutz abgewickelt werden solle. Darüber solle jährlich berichtet werden.

Im letzten Jahr – die CDU habe nicht zugestimmt – sei das Personal aufgestockt worden, das in den Bezirksregierungen mit dafür Sorge tragen solle, dass das, was in dem Antrag umschrieben werde, umgesetzt werde, damit nämlich die entsprechenden Bescheide, die Planfeststellungsverfahren zeitnah umgesetzt würden. Man habe es jetzt gut in den Griff bekommen, was in den vergangenen Jahren von der CDU und der FDP so sträflich vernachlässigt worden sei. Er finde es unangemessen und ein wenig geschichtsvergessen, wenn Herr Deppe ausgerechnet dieser Landesregierung vorwerfe, dass sie die Bürgerinnen und Bürger beim Thema Hochwasserschutz im Stich lasse. Das Gegenteil sei eindeutig der Fall.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) betont, im Großen und Ganzen gefalle seiner Fraktion dieser Haushalt. Er habe zwei Kritikpunkte, einmal gehe es um die integrierten Untersuchungsämter. Seine Fraktion habe den Entwurf so verstanden, dass es dort jetzt 200 Stellen geben solle. Das wären 36 weniger als 2015. Vielleicht sei das auch verkehrt interpretiert worden. Weniger Stellen in diesem Bereich seien sehr kritisch zu sehen. In den letzten Jahren habe es eine Menge Unfälle gegeben. Die Überwachung zu schwächen, sei darauf nicht die richtige Antwort.

Zur Titelgruppe 82 – Naturschutz und Landschaftspflege –, 36 Millionen € seien eingestellt. Diese gleich gebliebene Summe habe sich als nicht ausreichend erwiesen in den letzten Jahren. Es gebe bereits ein EU-Vertragsverletzungsverfahren bezüglich der Hellwegbörde. Er hätte sich gewünscht, dass für diese Bereiche mehr Geld auf den Tisch gelegt werde.

Henning Höne (FDP) schickt voraus, der Minister werde, seitdem er diesem Hohen Hause angehöre, nicht müde, bei den Haushaltsberatungen immer wieder zu betonen, wie klein der Anteil des Umweltministeriums im Vergleich zum Gesamthaushalt sei. Das sei eine Prozentzahl. Nichtsdestotrotz müsste gerade der Landwirtschaftsminister wissen, dass Kleinvieh auch Mist mache. Es gebe viele Einzelbeispiele, die es aus seiner Sicht zu kritisieren gebe. Spannender sei doch die Frage, was mit dem Geld für eine Politik gemacht werde. Wenn es gute Politik sei, wäre er gerne bereit, eher einen Euro mehr auszugeben. Das sei aber an dieser Stelle leider nicht der Fall. Die Inhalte dahinter würden weiterhin nicht stimmen. Bei den Dingen, bei denen man ohnehin schon in der falschen Richtung unterwegs sei, werde das Tempo erhöht, statt eine Kurskorrektur vorzunehmen.

Er nenne das Thema Abfallwirtschaftsplan oder verschiedene Zuschüsse, Spielwiesen, an denen festgehalten werde. Besonders störe, dass bei vielen Maßnahmen, etwa beim Klimaschutz, die Messbarkeit fehle, damit auch die Möglichkeit, Verantwortung zuzuschreiben und zu übernehmen. Oft gelte der Grundsatz, viel helfe viel, wenn man etwa an das Landesnaturschutzgesetz denke, über das momentan beraten werde.

Was die Änderungsanträge, insbesondere der regierungstragenden Fraktionen, angehe, so fehle jeglicher Wille zu Gegenfinanzierung. Es sei weiterhin kein Wille zur grundsätzlichen Sparsamkeit sichtbar – im Gegenteil. Die Folgen des eigenen Gesetzeshandelns würden hingenommen. Dann sehe man, was das auf einmal koste. In einem der Änderungsanträge im Bereich Tiergesundheit, veterinärbehördliche Zwecke werde die Verdopplung des Ansatzes von fast 270.000 € auf 540.000 € gefordert, weil an dieser Stelle Katzenkastrationsprogramme mehr gefördert werden müssten, nachdem man diejenigen, die ehrenamtlich in der Natur unterwegs gewesen seien, im letzten Jahr mehrfach vors Schienbein getreten habe.

Ein weiteres Beispiel, mit Blick auf die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung sei die Tatsache, dass allein schon 52.500 € für Lagerkosten, externe Broschürenlager ausgegeben werden sollten. Diese Landesregierung müsse ja sehr viel drucken und Broschüren herausgeben, um die eigene Arbeit zu rechtfertigen oder zu erklären. Das seien vielleicht auch Ladenhüter. Allein mit den Lagerkosten sei der Minister jetzt zum Broschürenkönig dieser Landesregierung geworden.

Hans Christian Markert (GRÜNE) erinnert daran, dass es eine Episode in der nordrhein-westfälischen Geschichte gegeben habe, in der Schwarz-Gelb reagiert habe. Ohne dem Tagesordnungspunkt, den der Minister noch angemeldet habe, vorzugreifen, erinnere er daran, dass sich diejenigen, die durch ihr praktisches Verwaltungshandeln das Land vor ein ziemliches finanzielles Desaster geführt hätten – der Minister habe vor dem Europäischen Gerichtshof in Verfahrensfragen möglicherweise größeren Schaden in Sachen Klausner abwenden können –, besser in Demut zurückhielten. Das hätte das Land wahrscheinlich in finanzielle Nöte gebracht, die niemand verantworten könne. Den Hinweis auf Sparsamkeit, Rechtsklarheit und verantwortungsvolles nachhaltiges Handeln finde er spaßig, wenn man das ausblende, was Schwarz-Gelb dem Land Nordrhein-Westfalen und seinen Steuerzahlern durch juristische Unkenntnis und wahrscheinlich fachliche Inkompetenz auf den Tisch gelegt habe.

Der Umweltaetat zähle traditionell – das bedauerten die Umweltpolitiker, Klimaschutz- und Verbraucherpolitiker immer zu Recht auch gemeinsam – zu den kleinsten Haushaltsansätzen in der Landesregierung traditionell. Dann falle es ihm besonders schwer, wenn es um die Investitionen in die Zukunft, gerade auch der Kinder gehe, wenn man in diesem relativ kleinen Etat auch noch besonders große Sparoperationen erwarte.

Manche Mehrausgaben seien vielleicht auch aktuellen Entwicklungen in der Gegenwart geschuldet. Er greife einen der Änderungsanträge heraus. Es gehe um den Ansatz der Finanzierung der Umweltbildungseinrichtungen. Da sei eine redaktionelle Änderung vorgenommen worden. Es habe bei den Titelgruppen noch eine Anpassung gegeben. Gerade die 250.000 € für den nächsten Haushalt und die VE für den darauffolgenden Haushalt drehten sich darum, dass man Kindern aus Familien mit kleinerem Geldbeutel auch Mutter Natur erfahrbar machen wolle. Er frage, was dagegen spreche, dass man auch großstädtischen Kindern vielleicht aus weniger fi-

nanziell gut gestellten Kreisen die Natur erkläre. Das sei bitter nötig. Wenn man das auch für die Kinder der Menschen mache, die hier als Neubürger kämen, dann sei das gut in die Zukunft investiertes Geld. Er habe das exemplarisch herausgegriffen, weil das ein Punkt sei, den man nicht gering schätzen sollte. Viele Anstrengungen seien in der Vergangenheit schon unternommen worden. Das habe ermutigt, gerade vor der aktuellen Situation zu sagen, da noch etwas draufzulegen und die Naturschutz- und Umweltbelange an die zu vermitteln, die es am bittersten nötig hätten.

Ein anderer Antrag, den die Grünen eingebracht hätten: Nächstes Jahr habe die nordrhein-westfälische Landesregierung das Vergnügen, der Verbraucherschutzministerkonferenz vorzustehen. Der Schwerpunkt, sich mit der Wertschätzung von Lebensmitteln zu beschäftigen, sollte doch alle Fraktionen einen. Da gehe es darum, dass man für nordrhein-westfälische landwirtschaftliche Produkte eine Wertschätzung den Menschen nahebringe. Auch gegen die Lebensmittelverschwendung und Lebensmittelvernichtung sollte ein Etat gesetzt werden. Er könne nicht verstehen, was gegen diese Anträge in der Sache spreche. Er hätte sich gefreut, wenn auch die FDP und die CDU sich inhaltlich etwas mehr damit auseinandergesetzt hätten.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) macht darauf aufmerksam, dass in dem Etat, den er zu verwalten habe, von der Systematik her nichts anderes passiere als in anderen Etats auch. Er bitte, Herrn Kaschny zu den Fragen Stellung zu nehmen, auch zu der Frage von Herrn Rohwedder bezüglich der angeblichen Verschiebung bei den Untersuchungsämtern.

Nachdem die grundsätzlichen Ausführungen zum Haushalt in der letzten Sitzung gemacht worden seien, sei es ihm wichtig zu betonen, dass man zwei Jahre hinter sich habe, bei denen es im Vollzug unterschiedliche Probleme gegeben habe. Er verweise auf die Haushaltssperre 2014, die dazu geführt habe, dass nicht alle vom Parlament in Auftrag gegebenen Projekte und Förderprogramme tatsächlich hätten vollzogen werden können. 2015, wahrscheinlich auch 2016 werde es so sein, dass manches Projekt in der Bewilligung, in der Umsetzung, in der Durchführung daran scheitere, dass zurzeit aus dem Zuständigkeitsbereich des MKUNLV, aber auch der Bezirksregierung, der entsprechenden Behörden Personal abgezogen worden sei, um andere Fragen, die mit der Aufnahme von Flüchtlingen zu tun hätten, zu klären. Er bitte um Verständnis. Das sei eine Aufgabe, die jetzt prioritär zu behandeln sei. Die könne man nur dadurch stemmen, dass man enger zusammenrücke. Da könne dann nicht alles, was man sich vorgenommen habe, auch umgesetzt werden. Das müsse er bei der Haushaltsverabschiedung dazu sagen.

Das Umweltministerium sei intensiv daran beteiligt, die Registrierung auf den Weg zu bringen. Da gebe es positive Rückmeldungen von denen, die das zu verantworten hätten, dass man gute Beiträge liefere. Dann könne eben manches andere nicht realisiert werden. Das sage er dazu, um die Erwartungen mit Blick auf das nächste Haushaltsjahr einzuordnen.

Konkrete Einzelpositionen seien reklamiert worden. Natürlich könne er sich in vielen Bereichen auch mehr finanzielle Mittel vorstellen. Der Naturschutzbereich gehöre

dazu. Er bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass es diese Landesregierung gewesen sei, die gesagt habe, es sei ein gutes Signal, wenn für den Naturschutz in Nordrhein-Westfalen 2 € pro Einwohner ausgegeben werde, also 36 Millionen €. Das sei im Vergleich zu dem, was die Vorgängerregierung ausgegeben habe, eine Verdoppelung. Es sei auch eine Anerkennung derjenigen, die im Naturschutz vielfach ehrenamtlich unterwegs seien und hier gute Unterstützung leisteten.

Beim Bereich Hochwasser sei es ganz so einfach nicht, wie Herr Deppe es dargestellt habe. Mehr Geld helfe hier eben nicht alleine. Man habe das Geld eingestellt, was realistischer Weise im nächsten Jahr mit den verabredeten Zuschusshöhen realisiert werden könnte. Alles andere werde der Praxis nicht gerecht. Auf die Personalverschiebung hin zu Flüchtlingsfragen habe er schon hingewiesen. Das sei eine Engstelle, die auch beim Hochwasserschutz treffe. Die andere betreffe praktische Probleme, die nicht absehbar seien. Er wolle einen kleinen Einblick in den Maschinenraum geben, weil das auch damit zu tun habe, wie man Geld ausgeben könne.

Am Niederrhein sei man beim Hochwasserschutz in Bereichen, in denen sehr viele Funde von Bomben aus dem Zweiten Weltkrieg behinderten. Teilweise seien es Bereiche, wo die Funde ganz dicht nebeneinander lägen. Das müsse einzeln gehoben werden. Er habe sich einen Fall schildern lassen. Auf 60 ha habe man quasi ein riesiges Bombenfeld gefunden. Da müsse man das entsprechende Personal bekommen, diese Bomben auch zu entschärfen. Das sei der Engpass. Zurzeit stünden nur drei Personen zur Verfügung. Die müssten in Kleinarbeit 60 ha abarbeiten – das auch noch zu einer Zeit, in der die Deichlage so sei, dass das nicht Hochwassergefährdung bedeute. Das heiße, der alte Deich müsse erst abgetragen werden, dann müssten die Bombensucher da durch. Dann müsse der Deich repariert werden, weil im Winter das Hochwasser kommen könne. Dann erst könne die Baumaßnahme einsetzen. Das seien alles Nadelöhre, die in der Praxis dazu führten, dass es bei der Umsetzung nicht darum gehe, noch mehr Geld auszugeben. Man habe das Problem, im Vollzug zur Realisierung der Maßnahmen zu kommen. Das sei vordringlichste Aufgabe.

Es sei eine beliebte Methode der Kollegen der FDP, einzelne Punkte rauszugreifen, zu skandalisieren und damit das Große und Ganze infrage zu stellen. Eben seien die 52.000 € Mietkosten für die Broschürenlagerung angesprochen worden. Das Umweltministerium sei das einzige Ressort, das eine Fremdanmietung sowohl der Büroräumlichkeiten auch als sonstiger Räumlichkeiten mache. Insofern tauche das insofern gesondert im Haushalt auf. Aus Brandschutzgründen müssten diese Broschüren außerhalb des Ministeriums gelagert werden. Insgesamt sei das Umweltministerium das preiswerteste Ministerium pro Quadratmeter Bürofläche. Diese Botschaft hätte er sich auch von der Opposition gewünscht, da man hier sehr sparsam und kostengünstig wirtschaftete.

Zur Erläuterung der Haushaltssystematik, warum man nicht jeden Einzeltitel hinterlegen könne, jedenfalls nicht in dieser Geschwindigkeit, und zur Frage der Untersuchungsämter bitte er Herrn Kaschny Stellung zu beziehen.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
47. Sitzung (öffentlich)

18.11.2015
sd-beh

LMR Achim Kaschny (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz) führt aus, im letzten Jahr habe er sowohl im Rahmen der Haushaltsberatungen wie auch später in einem separaten Tagesordnungspunkt im HFA Gelegenheit gehabt zu erläutern, warum das nicht im Rahmen der Kleinen Anfrage geschehen sei. Er habe mehrere Beispiele dargestellt. Zusammengefasst: Das Ministerium sei nicht Bewilligungsbehörde. Man bediene sich einer ganzen Reihe von Behörden. Das seien die fünf Bezirksregierungen, das sei das LANUV, der Landesbetrieb Wald und Holz. Es seien weitere Agenturen, die die Bewilligungen durchführten. Man stelle für diese Bewilligungen zu Beginn des Haushaltsjahres die Mittel zur Verfügung. Die würden dort autark bewirtschaftet. Bei den technischen Mitteln könne man immer nur sehen, wie hoch der Gesamtmittelabfluss sei. Er habe anhand einzelner Beispiele darlegen können, dass pro Titel mehrere 100 Einzelzuweisungen nicht möglich seien.

Man müsste die Titelverwalter bitten, in ihre Haushaltsüberwachungslisten zu schauen und entsprechend zusammenzustellen. Alles, was gefragt werde, finde man etwas zeitversetzt in den Haushaltsrechnungen. Insofern sei das höchste Gut des Parlamentes dadurch nicht beeinträchtigt, denn auch die Haushaltsrechnung werde dem Parlament vorgelegt. Jede einzelne Summe der Titelbewilligung könne man dort nachvollziehen.

Es sei nach Kapitel 10 020 Titelgruppe 60 gefragt worden. Diese Titelgruppe sei in sich deckungsfähig. Es handle sich nur um zweckgebundene Ausgaben. Das sei der sogenannte Haushaltsvermerk § 17 Abs. 3 LHO. Hier könnten keine anderen Ausgaben getätigt werden. Man könne der Sache aber gerne noch weiter nachgehen.

Herr Rohwedder habe nach den 36 Stellen im Rahmen der CVUAs gefragt. Im Erläuterungsteil auf S. 277 befinde sich die Tabelle mit den 36 Stellen. Das seien die 36 Personen, die im Rahmen von Gestellungsverträgen den CVUAs zur Verfügung gestellt worden seien, die aus dem Ministerium dann heraus müssten. Das heiße, hier sei kein Personal weggefallen, sondern diese Personen arbeiten jetzt bei den CVUAs und seien mit Gestellungsverträgen nach dorthin transferiert worden.

Rainer Deppe (CDU) ist mit der Antwort nicht zufrieden. Man mache es sich einfach und schiebe die Mittel an irgendwelche nachgeordneten Behörden und sage, das würden die schon ordentlich machen. Das könne nicht die Antwort sein.

Der Minister sei immer noch in der Lage, sein Konterfei in die Broschüren hinein zu drucken. Was das kostete, dürfe das Ministerium offenbar nicht erfahren. Er habe ja nicht nach dem Haushaltsvollzug von 2015 gefragt, sondern nach den abgeschlossenen Haushaltsjahren. Wenn man sage, es wäre ja alles da, man könne es nachlesen, dann wisse er nicht, warum man die Antwort nicht gegeben habe. Hier werde bewusst auf Intransparenz gespielt, damit man das nicht im Detail nachvollziehen könne. Seine Fraktion wolle wissen, welche Veranstaltungen gemacht worden seien, welche Broschüren gedruckt worden seien, welche Untersuchungen gemacht wor-

den seien. Das solle offenbar vorenthalten bleiben. Damit gebe er sich nicht zufrieden. Er werde den Minister mit den Fragen immer wieder konfrontieren.

Zum einen liege die Haushaltsrechnung 2014 noch nicht vor, erwidert **Minister Johannes Remmel (MKULNV)**. Wenn Herr Deppe einen konkreten Haushaltstitel nenne und einen Überblick auf Grundlage der Haushaltsrechnung 2014 über die Verausgabung haben wolle, dann könne man einen Termin machen und Herr Deppe bekomme sämtliche Daten, die dazu vorlägen. Er wolle an einem Beispiel deutlich machen, dass die Fragestellung schwierig sei.

Er nenne die Verausgabung unter dem Titel progres. Das seien die Mittel, die für Erneuerbare Energien ausgegeben würden. Das betreffe 4.000 bis 5.000 Einzelanträge. Natürlich könne man die ausdrucken, nachdem die Haushaltsrechnung vorliege. Er glaube aber nicht, dass das die Information sei, die Herr Deppe haben wolle.

(Rainer Deppe [CDU]: Danach haben wir nicht gefragt.)

– Das sei aber die Frage, was hinter den Ausgaben der einzelnen Titel stehe. Das sei dann eine Dimension, die im Rahmen einer Kleinen Anfrage nicht leistbar sei. Er biete an, einen Termin zu machen, wenn die Haushaltsrechnung vorliege. Das werde ausgedruckt und erklärt. Da gebe es nichts Intransparentes, sondern es gehe um die Fragestellung und das Verfahren.

Rainer Deppe (CDU) hält fest, in jedem Einzelfall gebe es Probleme bei der Umsetzung von Projekten. Der Minister habe das an einem Beispiel beschrieben. Man habe das Thema aufgegriffen. Er verwahre sich dagegen zu sagen, in der Vergangenheit sei alles falsch gemacht worden. Fünf Jahre sei seine Fraktion beteiligt gewesen. Vielleicht habe man dem Hochwasserschutz nicht das Augenmerk gegeben, das er verdient habe. Es sei üblich gewesen, 40 Millionen € für Hochwasserschutz auszugeben. In dieser Wahlperiode sei gesagt worden, man reduziere auf 30 Millionen €. Die Beteiligten sollten stärker zur Kasse gebeten werden.

Einige Monate, nachdem das thematisiert worden sei, sei mit dem Elbehochwasser deutlich vor Augen geführt worden, in welcher Situation man sich hier befinde. Seine Fraktion sage: Der Hochwasserschutz sei die zentrale Aufgabe, die man im Umweltbereich habe. Deshalb sollten jedes Jahr 50 Millionen € nicht nur zur Verfügung stehen, sondern auch an den Start gebracht werden. Es gebe mit Sicherheit auch Verpflichtungsermächtigungen in der Haushaltsstelle. Dass man da über die Jahre steuern könne und sage, man nehme sich dieses Jahr Projekte von 50 Millionen € vor, weil man wisse, man komme sowieso nicht überall so schnell voran, man könne es wenigstens angehen, damit diese 50 Millionen € auch ausgegeben würden. Das könne nicht verkehrt sein.

Der Minister habe ein Programm vorgelegt, bis 2025 wolle man mit dem Rheineinzugsgebiet fertig sein. Wenn das in diesem Tempo weitergehe, dann werde man das nicht schaffen. Dann seien die Abgeordneten alle nicht mehr hier, aber der Rhein

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
47. Sitzung (öffentlich)

18.11.2015
sd-beh

und die Bevölkerung seien immer noch da. Für seine Fraktion sei das der zentrale Punkt, dass man hier vorankomme.

Es sei gesagt worden, man habe gegen den Stellenplan gestimmt. Bei über 3.000 Stellen in dem Zuständigkeitsbereich müsse es doch möglich sein, Verantwortlichkeiten so zu steuern, dass man sich mit den zentralen Themen des Landes beschäftige und nicht mit irgendwelchen Nebenthemen.

Zu den Änderungsanträgen: Jeder einzelne Antrag sei für sich begründet. Was das Thema Katzenkastrierung angehe, könne man sich darüber streiten, ob das erforderlich sei oder nicht. Man habe einen Haushalt, der nach wie vor im Defizit sei. Bisher sei kein Deckungsvorschlag genannt worden. Er habe auch nicht den Eindruck, dass man einen bringen wolle. In der Situation, in der man neue Schulden aufnehme, müsse man sich fragen, ob das gerechtfertigt sei. Der ehemalige Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann habe einmal eine schöne Aufgabe mitgegeben. Er habe gesagt, man solle sich den Haushalt angucken und überlegen, ob man, wenn man selber für die Familie oder das Unternehmen verantwortlich sei, für diesen Zweck Schulden machen würde oder ob man sagen würde: Das müsse dann später geregelt werden, oder darauf müsse man verzichten. Die Frage müsse man sich immer stellen.

Alles sei erforderlich. Er können sich auch zu Hause immer noch gute Sachen, die sinnvoll wären, vorstellen. Aber man müsse der Familie sagen, das seien die Mittel, die zur Verfügung stünden. Mehr gebe man nicht aus. Das sei jetzt das Wichtigste. Das vermisse er. Das geschehe nicht. Der Minister sage, hier sei ein Problem, es werde bezahlt, Stellen würden eingerichtet. Man mache noch mehr Haushaltsstellen. Aber der Gesamtverantwortung werde man nicht gerecht. Das sei das, was er hier kritisiere. Es müssten Prioritäten gesetzt werden. Man müsse zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen. Das geschehe nicht.

Norwich Rüße (GRÜNE) betont, seine Fraktion sei der Meinung, dass das Ministerium mit dem Haushalt die richtigen Prioritäten setze. Vielleicht seien die Oppositionspolitiker auf einem Auge blind und sähen manche anderen Probleme nicht, die auch da seien und die auch gelöst werden müssten. Der Entwurf sei sehr ausgewogen. Beim Hochwasserschutz gebe es im Übrigen eine Erhöhung.

Was die Notwendigkeit der Katzenkastrierung angehe, so sei er enttäuscht, weil er eigentlich erwartet habe, dass es da Zustimmung gebe. Der Jagdverband habe aufgefördert, dass, wenn schon der Abschuss nicht mehr erlaubt sei, man zur Problemlösung beitrage, indem man unter anderem die Katzenkastrierung ermögliche. Herr Höne habe gesagt, einer Gruppe sei vors Schienbein getreten worden. 80 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen sei vorher vors Schienbein getreten worden, weil die weite Mehrheit in diesem Land den Katzenabschuss nicht gewollt habe. Nun mache man sich mit dem Antrag auf den Weg und ermögliche das Doppelte an Geldern. Wenn man das umrechne, dann sei man ungefähr bei dem, was man vorher mit dem Abschuss gemacht habe. Jetzt mache man es auf einem anderen Weg. Es sei auch sinnvoller, diesen Weg so zu beschreiten.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
47. Sitzung (öffentlich)

18.11.2015
sd-beh

(Christina Schulze Föcking [CDU]: Eine kastrierte Katze frisst keine Vögel!)

Zum Teil würden die Katzen kastriert, die den Nachwuchs bekommen hätten, die am Siedlungsrand lebten. Es gehe darum, deutlich weniger Katzen zu bekommen. Er habe es in der Diskussion immer wieder gesagt: Der Abschied, der von der CDU so vehement verteidigt werde, habe das Problem überhaupt nicht gelöst. Von daher sei es gut, dass man hier endlich einen neuen Weg gehe. Er hätte sich auch gefreut, wenn man ein paar lobende Worte dazu gefunden hätte, dass SPD und Grüne zusammen im Bereich LEADER-Förderung deutlich nachlegten und bei den ländlichen Regionen, die gute Konzepte geliefert hätten, die aber im Rahmen der regulären LEADER-Bewerbung nicht zum Zuge gekommen seien, nachjustierten. In weiteren ländlichen Regionen solle eine Förderung ermöglichen werden.

Dass die Anträge erst kurzfristig eingegangen seien, räume er ein. Er bitte um Zustimmung.

Christina Schulze Föcking (CDU) kritisiert, dass auf das Kernargument von Herrn Deppe niemand eingegangen sei. Er habe sich klar Gedanken darüber gemacht, wie die Mehrausgaben gedeckt werden sollten. Wenn man an die Zukunft der Kinder denke, dann sei von Interesse, wie die Mehrausgaben gedeckt werden sollten, wo die Umschichtungen in dem 1-Milliarde-Haushalt denn stattfinden sollten. Das sei wieder obendrauf. Es müsse doch innerhalb des Haushalts eine Umschichtung stattfinden, um das abzudecken, was angeblich notwendig sei.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) wiederholt, zurzeit sei der Fortschritt der Hochwassermaßnahmen – das sei auch in der Vergangenheit so gewesen – keine Frage der Höhe des Haushaltsansatzes, sondern eine Frage des Vollzuges. Die Probleme, die entstanden seien, lägen in der Vergangenheit. Alleine durch die Zusammenlegung von Bezirksregierung und Staatlichen Umweltämtern sei Kompetenz, die vorher vorhanden gewesen sei, abgezogen worden, nicht wieder aufgetaucht. Da fehlten Menschen, die Anträge bearbeiten und genehmigen könnten. Das führe dazu, dass das alles nicht so schnell gehen könne, wie es eigentlich gehen müsste. Er bitte, das Augenmerk auf den Vollzug zu legen. Der Vollzug sollte so beschleunigt werden, dass die Mittel auch tatsächlich in Anspruch genommen würden und abfließen. Das sei das Wichtigste, nicht die Höhe der Mittel. Er habe das gleiche Anliegen wie die Opposition auch. Der zentrale Punkt sei nicht der Mittelansatz, sondern wie die Mittel bewirtschaftet würden.

Norbert Meesters (SPD) unterstreicht das, was der Minister gesagt habe. Das wüssten auch die Deichverbände und die Menschen vor Ort. Das Thema sei vor Ort angekommen und sei nicht das Problem. Man müsse den Vollzug im Auge behalten und schauen, dass man das, was man sich zum Ziel gesetzt habe, auch umsetze. Da könnte man theoretisch 80 Millionen € einsetzen. Damit würde kein Deich mehr

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
47. Sitzung (öffentlich)

18.11.2015
sd-beh

mit umgebaut. Er habe den Eindruck, dass die Deichverbände das wüssten. Da sei man auf einem sehr guten Weg.

Der **Ausschuss** beschließt, **über die Anträge en bloc abzustimmen.**

Der **Ausschuss stimmt** den **Änderungsanträgen** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen – vgl. Vorlage 16/3477 – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **zu.**

Der **Ausschuss lehnt** die **Änderungsanträge der CDU-Fraktion** – vgl. Vorlage 16/3477 – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der FDP-Fraktion **ab.**

Der **Ausschuss stimmt** dem **Einzelplan 10** mit den zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **zu.**

